

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1928

25.1.1928 (No. 25)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.00 Mk. (incl. Post) 2.50 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt. Mk. 2.00 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung
Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenratgeber, Blätter für den Familienrat, Was der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Militär-Zeitung, Illustriertes Theater, Gesellschaftliche, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21
Verlag: Carlstr. 62/63, Redaktion: Carlstr. 62/63, Druckerei: Beobachter, Postfachkonto Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 9 gespaltene 30 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg., die 4 gesp. 65 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, mangels Eintreibung od. Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schlag der Anzeigenannahme 5%, Uhr

№. 25 (12 Seiten)

Karlsruhe, Mittwoch, den 25. Januar 1928

66. Jahrgang

In Kürze

Nach der „Daily News“ bestehen innerhalb des englischen Kabinetts erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Gerüchte über Rücktrittsdrohungen betätigen sich nicht, doch ist die Stimmung erregt.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, ist von Warschau kommend in Berlin eingetroffen.

Vor Pressevertretern sprach der bayerische Ministerpräsident Held gestern über den Verlauf und das Ergebnis der Länderkonferenz, wobei er erklärte, auch in Bayern sehe man das wichtigste Ergebnis in der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat eine Entschließung angenommen, in der u. a. an die deutschen Stadtverwaltungen die dringende Aufforderung gerichtet wird, jede nur vermeidbare Ausgabe zu unterlassen.

Die vier Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes haben das Arbeits- und Lohnabkommen zum 30. April 1928 gekündigt.

Polizeiliche Getreideeinfuhrung in Rußland

(Eigener Bericht)

Moskau, 23. Jan.

Nach wie vor widmet die Sowjetpresse dem Problem der Getreideeinfuhrung ganze Seiten. Doch ist zu erkennen, daß durch das Eingreifen der polizeilichen Organe die Einfuhrung vermehrt und daß in einigen Gebieten bereits die Ziffern des Schatzungsplanes erreicht sind. Da und dort wird in der Presse auch die Ansicht geäußert, die „Wählerkreise“ der Opposition seien an der Haltung der Bauernschaft schuld; in der „Krawada“ wird in einem Bericht aus Twer aber auch erzählt, die Bauern fürchteten einen Krieg mit England. (In dieser Furcht sind die Stalin und Woroschiloff aber selber schuld, weil sie ständig das Kriegsgespinnst an die Wand gemalt haben.) Im russischen Südboten steigt die eingefuhrte Menge Getreide sehr bedeutend. In drei Wochen ist es gelungen, fast das Zwanzigfache für den staatlichen Getreidehandel hereinzubekommen. Es werden Ziffern bekanntgegeben, daß statt „65 Tonnen in einem Bezirk jetzt 1480 Tonnen“ durch die polizeiliche Hilfe eingefuhrte wurden. Die „Ekon. Schisn“ spricht die Hoffnung aus, daß die „Aera der Enttäuschungen“ nun wohl bald vorüber sein wird. Auch freiwillig seien zahlreiche Ablieferungen erfolgt.

Albert Thomas wieder in Berlin

Berlin, 24. Jan. Die WZ. meldet: Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, ist heute, von Warschau kommend, in Berlin eingetroffen. Er hat heute mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns Besprechungen über verschiedene sozialpolitische Fragen.

Das Ausland zur Ernennung Gröners

(Eigener Bericht)

New York, 24. Januar.

Die Ernennung des früheren Verkehrsministers General Groener zum Reichswehrminister anstelle Gehrers bedeutet nach der „New York Times“ eine „Kräftigung der Position des Reichspräsidenten“ im Staate, indem er gezeigt habe, daß es auch Ernennungen außerhalb des Parteiwillens gebe. Mit der Beharrlichkeit, die der Reichspräsident an den Tag legte, als er unbekümmert um Angriffe auf den früheren Reichswehrminister Gehrers an dessen ihm geeignet scheinenden Persönlichkeit feilt, habe er nun einen Mann berufen, der nach seiner Ansicht „Tradition und Eignung“ mitbringt.

Der Wirt des Achener Hotels „Dier Jahreszeiten“ verurteilt

Aachen, 24. Jan. Der Wirt des Hotels „Zu den vier Jahreszeiten“, das, wie gemeldet, von der belgischen Besatzung bis 3. Februar geschlossen wurde, weil in dem Lokal in Gegenwart belgischer Offiziere das Deutschlandlied gesungen wurde, ist jetzt von der belgischen Besatzung zu 150 M. Geldstrafe oder 8 Tagen Gefängnis, der Kapellmeister zu 200 M. Geldstrafe, oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Deutsches Eisenbahnmateriale für französische Kolonien

(Eigener Bericht)

Paris, 24. Januar.

Die vorgestern erfolgte Ankündigung, daß deutsches Eisenbahnmateriale für 1000 Kilometer Strecke in verschiedenen Kolonien Westafrikas deutschen Lieferanten auf dem Wege über den Damesplan abgenommen wird, ist jetzt noch dahin ergänzt worden, daß es sich um Aufträge in Höhe von rund 70 Millionen frs. handelt, während französische Firmen an den gleichen Arbeiten mit etwa 45 Millionen frs. interessiert sind, wobei enge Zusammenarbeit stattfinden soll.

Dr. Wirth bei Doumergue und Poincaré

(Eigener Bericht)

Paris, 24. Januar.

Ein Teil der nationalistischen Presse hatte schon bei der ersten Nachricht, daß der frühere Reichskanzler Dr. Wirth in Paris eingetroffen sei, in mehr oder minder giftigen Wendungen behauptet, er komme in „besonderer Mission“, um einen Druck auf die Regierung in Sachen der Rheinlandräumung auszuüben. Mit diesem „Druck“ ist es aber nicht weit her, denn ein Eingeweihter, Sauerwein vom „Matin“, hat in einem holländischen Blatte ausgesprochen, daß eine große Mehrheit im Ministerrat des Herrn Poincaré für eine Frühlegung des Räumungstermines sei und daß die Räumung von Coblenz sicher nicht bis zum Jahre 1930 verzögert werde. Als Briand dem Diner in der deutschen Botschaft amobnte und dadurch wieder Gewohnheiten der Vorkriegszeit aufnahm, wurde das Unbehagen der äußeren Kreise noch größer. Nach der „Action Française“ wird das „Recht Frankreichs verschachtet“ gegen Vorteile in wirtschaftlichen Kartellen und andere Dinge, womit Zusammenarbeit bei der Belieferung Rußlands gemeint ist. Nun ist der frühere Reichskanzler dem Staatsoberhaupt der französischen Republik vorgestellt worden und Poincaré selber hat Wert darauf gelegt, daß Dr. Wirth einen Besuch mache. Der „Petit Parisien“ hat bei der Ankündigung dieser Visite, die sich doch immerhin im Rahmen eines höflichen Protokolls vollzieht, erklärt, die beiden Politiker würden eine neue politische Aera einleiten. Man kann sich in der Tat nicht vorstellen, wie der Zustand noch lange

andauern soll, daß Deutschland und Frankreich in Genuß gemeinsam an einer Tafel sitzen, daß freundschaftliche Besuche stattfinden (Neuter hat sie so genannt) und daß dann französische Soldaten noch auf deutschem Boden Wache halten, als ob das gleiche Deutschland ein Feind sei! Wenn es auch nicht wahr ist, daß Dr. Wirth in besonderer Mission wegen der Rheinlandräumung nach Paris gekommen ist, haben die nationalistischen Blätter doch recht mit ihrem instinktiven Empfinden, daß derartige Besuche eines Altreichskanzlers beim französischen Ministerpräsidenten psychologische Auswirkungen in dieser Richtung haben.

Die französischen Katholiken für die elässischen Katholiken

(Eigener Bericht)

Paris, 23. Januar.

Anläßlich der letzten Versammlungen des katholischen Volksvereins für das Eläß erklärte der Vertreter der Federation Nationale Catholique, Vestra, im Auftrage des Präsidenten dieser Federation (bekanntlich General de Castellana), die Katholiken von Innerfrankreich würden ihre elässischen Brüder in der Verteidigung ihrer religiösen und Schulleistungen unterstützen. Darauf erwiderte Präsident Wegmann vom Volksverein, die elässischen Katholiken würden ihre französischen Glaubensbrüder im Kampfe „um die Wiedereroberung der katholischen Freiheiten unterstützen“. Im katholischen Lager wird die heftige Art kommentiert, mit der sich der sonst gemäßigtere „Temps“ gegen die katholischen Forderungen des Eläß wendet; man erklärt sie aber ganz einfach damit, daß nach dem katholischen Wahlprogramm kein Demokrat mehr eine katholische Stimme erhält, wenn er nicht für die obererwähnten Freiheiten des gemeinen Rechts eintritt.

Der neue Sowjetbotschafter in Paris

Paris, 24. Jan. Der neu ernannte Sowjetbotschafter Domalewski hat heute dem Präsidenten der Republik sein Beglaubigungsschreiben überreicht, bei welcher Gelegenheit die bei dieser Formalität üblichen Ansprachen und Versicherungen gegenseitiger freundschaftlicher Beziehungen gewechselt wurden.

Keudell über die Kostenhöhe der Schulvorlage

Berlin, 24. Jan. Der Bildungsausschuß des Reichstages begann heute die Debatte über die §§ 19 und 20.

Reichsinnenminister v. Keudell gab folgende Erklärung ab: Die Umfrage über die mutmaßliche Höhe der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes möglicherweise verursachen wird, hat die schon früher vertretene Auffassung der Reichsregierung, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich sei, diese Kosten zu schätzen, bestätigt. Die Unterrichtsministerien der Länder haben, soweit sie nicht die Angabe von Zahlen überhaupt für unmöglich erklärten, mehr oder weniger nachdrücklich betont, daß den von ihnen vorgekommenen Schätzungen eine starke Unsicherheit anhafte, da es völlig unmöglich sei, vorher zu sagen, ob und in welchem Umfang die Erziehungsbedürftigen von ihrem Recht, die Einrichtung von Schulen zu beantragen, Gebrauch machen und welche finanziellen Auswirkungen die Genehmigung solcher Anträge haben würde. Die Reichsregierung bestreitet nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und Gemeinden, denen die Aufbringung der Schullasten obliegt, Mehrkosten verursachen kann. Angesichts der gespannten Finanzlage der Länder und Gemeinden ist sie bereit, den Ländern eine einmalige Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark in Aussicht zu stellen. Diese Beihilfe soll in erster Linie dazu dienen, die Ueberleitung der s. H. bestehenden Schulverhältnisse, namentlich auch in leitungs-schwachen Gemeinden, in den neuen Rechtszustand zu erleichtern. Ein voller Ersatz der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes etwa erfordert, insbesondere

eine Beteiligung des Reiches an den laufenden Kosten des Volksschulwesens, muß nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch deshalb abgelehnt werden, weil es kaum möglich sein wird, die Kosten, die auf Grund der Durchführung des Schulgesetzes erwachsen, von denjenigen Ausgaben zu trennen, die das in stetiger Entwicklung befindliche Volksschulwesen auch ohne den Erlaß dieses Gesetzes verursachen wird. Da sich nicht voraussagen läßt, wann den Ländern und Gemeinden erstmals besondere Kosten erwachsen und welches Ausmaß sie in den verschiedenen Gebieten erreichen, so ist vorzuziehen, daß das Nähere über die Art der Verteilung von der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat festgesetzt wird. — Der Minister erklärte dann weiter, es sei schwierig, wenn nicht unmöglich, genaue Unterlagen über die Kosten zu beschaffen, umso weniger, als die endgültige Fassung noch gar nicht feststehe.

Abg. K ö n n e b u r g (Dem.) findet die Kostenhöhe überraschend hoch. Offenbar sei die Regierung der Kostenfrage zu spät nähergetreten. Es stehe außer Frage, daß den Ländern die Kosten in voller Höhe zu erstatten seien, wie dies auch beim Finanzausgleich und bei der Länderkonferenz zum Ausdruck gekommen sei.

Flugzeugabsturz bei Thun

Thun, 24. Jan. Heute kurz vor 12 Uhr stürzte anläßlich eines Übungsfluges über der Allmend der Fliegerhauptmann Max Cartier mit einem Militärdoubledecker ab. Das Flugzeug schlug bei der Regieanlage auf das Aarebord auf und wurde vollständig zertrümmert. Der Flieger war sofort tot. Seine Leiche wurde in die Aare geschleudert und vollständig zerhackt.

Russische Steuerpolitik

Das neue russische Einkommensteuergesetz.

I.

Der Vorsitzende des Zentralerekutivkomitees des Bundes sozialistischer Sowjetrepubliken hat eine neue Einkommensteuerordnung unterzeichnet, die in der gewaltigen Reihe nicht endemollender Erlasse russischer Behörden eine bemerkenswerte Stellung einnimmt. — Bieten die täglichen Erlasse der Sowjetrepublik an und für sich denen, die sich durch sie durcharbeiten können, interessante Einblicke in den gigantischen Prozeß russischen Werdens, so muß das natürlich bei einer so detaillierten Einkommensteuerordnung der Fall sein, die bei näherem Zusehen ein scharfes Bild der wirtschaftlichen Verschiebungen, Bewegungen und Schichtungen des interessanten Landes bietet. Besser als eine Reise-schilderung. Die außer Kraft gesetzten Ordnungen des Steuerwesens haben kein hohes Alter erreicht und die neue zeigt, wie fieberhaft an dem Aufwerfen von Dämmen gegen die Wasser des Neukapitalismus gearbeitet wird, die man gleichwohl dem Gesamtsystem nutzbar machen möchte. Die neue Verordnung, die mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober (Rechnungsjahr) 1927 gilt, handelt ausschließlich vom Einkommen der freien Berufe, der Arbeiter und Angestellten, sowie aller derjenigen Privat- oder Gesellschaftsbetriebe, die ohne Staatsbeteiligung arbeiten, also jenes Restes von Privatkapital, dessen Rückdrängung in absoluten Ziffern laut russischen Berichten immer größere Fortschritte macht, aber anscheinend auf Umwegen, nämlich über zahlreiche Neubildungen und entwicklungsfähige Ansätze zur Gegenoffensive vorstößt. Auch die gesamte Landwirtschaft, die durch die einheitliche Sondersteuer erfasst wird, scheidet hier aus.

Der Steuer unterliegen natürliche Personen mit selbständigem Einkommen aus russischen Quellen. Juristische Personen (ausgenommen die Staatsbetriebe, Genossenschaften usw.). Ausländische zugelassene Betriebe von ihren in Rußland erzielten Einkünften. — Bei der Steuergrenze werden die vier Einklassen berichtigt, in die Rußland eingeteilt wird. (Die erste Klasse bestimmt der Leiter der zentralen Finanzbehörde, die übrigen drei die bundesrepublikanischen Finanzkommissariate.) Für freie Berufe im allerweitesten Sinne ist die Steuergrenze demzufolge die Summe von jährlich 1200, 1080, 950 bzw. 900 Rubel. Gesellschaften und ihre Mitglieder sind schon bei einem Einkommen steuerpflichtig, das 800, 700, 600 bzw. 500 Rubel im Jahre übersteigt. Man erkennt deutlich die offizielle Rangordnung der Wirtschaftsförderung, nämlich zuunterst die Privatgesellschaft, dann der private Einzelhändler oder Gewerbetreibende, zu oberst aber der Staatsbetrieb, und alle Gesellschaften, die sich der Kleinwirtschaft eingliedern. Ähnliche Scheidungen werden auch in der Landwirtschaft ersichtlich, die aber allgemein eine Vorzugsstellung einnimmt.

Wie liegen nun die Dingen bei den Arbeitern und Angestellten und „Staatspensionären“? Diese Frage dürfte die Definitivität, die heute mehr von Rußland wissen will als früher zumeist interessieren. Die Einkommen aus Lohn und Gehalt sind steuerpflichtig von 100, 90, 80 bzw. 75 Rubel pro Monat an. Doch wäre hier das Bild unvollständig ohne Angabe der Tafel, daß bei Einkommen von mehreren Arbeitsstellen nicht das Gesamteinkommen steuerpflichtig ist, sondern das einzelne, welches die festgesetzte Grenze übersteigt. Ganz frei von der Einkommensteuer sind alle Bauarbeiter und Saisonarbeiter. Lohnempfänger also z. B. Militärpersonen, diensttunende Militärs und Mitglieder der berühmten Reichswache des Systems, der G. B. U. gehören auch zu den Steuerbefreiten, ebenso das diplomatische und konsularische Personal, soweit es nicht Geschäfte macht!

In der Zahlungsweise werden Literaten, Künstler, „Artel“-Mitglieder, d. h. Mitglieder produktiver Erwerbs- und Arbeitsgenossenschaften (letzte nur soweit, als sie ihre Einkünfte nicht aufgrund von Anteilscheinen verteilen, sondern gleichmäßig nebeneinander gestellt. Ihre Steuer ist Jahressteuer und die Prozente steigen in dieser Kategorie am langsamsten. Eine gewisse Sympathie gegenüber diesen ungefährlichen Gruppen ist unverkennbar.

Bei Einkommen unter 1000 Rubel sind es nur 0,7 Prozent, bei 1500 Rubel Einkommen 0,8 Prozent, bei 4000 Rubel (ein ganz schönes Einkommen!) 2 Prozent. Bei 11 000 Rubel sind 8,2 Prozent erreicht und erst bei 22 000 Rubel Jahreseinkommen 17,2 Prozent. Von einer Drosselung kann hier nicht die Rede sein. Bei den Arbeitern und Angestellten, sowie den „Staatspensionären“ ergibt sich gleichfalls kein ungünstiges Bild, vielmehr der Eindruck, daß die Regierung weiß, auf wen sie sich stützt. Der monatliche Steuerfuß beträgt nämlich bei einem Einkommen bis 85 Rubel 0,6 Prozent, bei 92,5 Rubel 0,64 Prozent, bei 225 Rubel (dem Durchschnittsgehalt) 1,3 Prozent Einkommen, die in Rußland wohl nur bei engagierten Auslandspezialisten vorkommen, nämlich 1830 Monatsrubel sind mit 17 Prozent bedroht.

Gehen wir zum Handwerk, das nicht mehr als drei Arbeiter beschäftigen darf, um hieher zu gehören, und nehmen wir dem Gesetze folgend, den Einzelhandel, Gastwirtschaft usw. dazu. Hier steigt die Kurve, die an und für sich schon einige Stufen höher ansteigt, gegen den Schluß so, daß die Tendenz zur Abschmierung möglicher Kapitalbildung unmerkbar zu Tage tritt. Die Kurve beginnt bei Jahreseinkommen unter 1000 Rubel mit 2,5 Prozent, erreicht bei 3500 Rubel 7 Prozent, bei 11 000 Rubel 15,8 Prozent und bei 22 000 Rubel 43,1 Prozent. Noch schärfer tritt eine Grundtendenz des Gesetzes bei der folgenden Kategorie zu Tage, die wie folgt umschrieben wird: Besitzer und Mitbesitzer (ohne persönliche Arbeit), Pächter, Anteilscheinhaber, Guthabenbesitzer, alle Arten von Handeltreibenden (vgl. oben-erwähnter Art), Lieferanten, Vermittler, Makler, Börsengeschäftsleute, Kapitalisten (solche, die nur von einem Kapital leben) und Inhaber von Zinsen- u. a. Wertpapieren. Allerdings müssen erwähnte Einkommensquellen die Hauptquelle sein. Ein ganzes Heer jener dem echten Volkswirtschaften so verhassten Berufe, die man schon in der Unterwelt glaubte und die nun mit dem Leben wieder an allen Ecken auftauchen, ja sogar als nützliche „Gasttiere“ gehalten werden. Ebenfalls zu dieser stark erfaßten Kategorie gehören die „freien A. G.“ usw. sowie die ausgelassenen Filialen ausländischer Firmen, z. B. die Chlorobromthalerin, die sich in Rußland stark engagierte und entsprechend blüht und — verdienen muß.

(Schluß folgt.)

Die Kreditkrise in der Landwirtschaft

(Eigener Drahtbericht.)

J. H. Berlin, 24. Januar.

Im interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien wurde am Dienstag nachmittag in Anwesenheit der Vertreter der Kreulenkasse, der Rentenanstalt und des Finanzministeriums die Verhandlungen über die Agrarkrise fortgesetzt. Die ursprüngliche Absicht der Senkung oder Beseitigung der Rentenbankschulden wurde fallen gelassen, weil ein solcher Plan die Kreditwürdigkeit der Landwirtschaft besonders im Auslande beeinträchtigen könnte, und dieser Ausführung außerdem Reparationsbedenken entgegenstehen. Dagegen wurde als wirksamste Maßnahme zunächst Erleichterungen bei der Vermögenssteuerzahlung in Aussicht genommen. Eine Rate der Vermögenssteuer soll ganz erlassen und darüber hinaus die Frage geprüft werden, ob auch noch eine zweite Rate fortfallen kann. Der letzte Punkt bedarf aber noch einer eingehenden Ueberprüfung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen. Sodann soll wieder der Not der Landwirtschaft durch eine sofortige wirksame Kreditaktion begegnet werden. Auch bei der Zurückzahlung der der Landwirtschaft gegebenen Kredite sind erhebliche Erleichterungen in Aussicht genommen. Der im vorigen Jahre gebene 100 Millionen-Kredit wird erst zwischen der Ernte 1928 und dem 31. März in Raten zurückgefordert werden. Das Problem der Umschuldung ist noch in der Schwebe begriffen, weil es nicht ohne die Mitwirkung der Länder gelöst werden kann. Alle Maßnahmen haben nur einen Zweck, wenn sie möglichst rasch verwirklicht werden können. Deshalb sollte man das Problem nicht mit Dingen belasten, die nur verzögernd wirken. Dazu gehören die Versuche mit der Hilfsaktion Zoll- und handelspolitische Fragen zu vermeiden. Solche Wünsche kommen vor allem aus den Kreisen der Vertreter der Bauernschaft Schlesiens und Nordwestdeutschlands, die unter der Konkurrenz der dänischen Schweinezucht leiden. Die Schweineinfuhr ist aber handelspolitisch geregelt, und kann nicht einseitig abgeändert werden.

Der interfraktionelle Ausschuß will morgen seine Vorschläge formulieren und sie an den Haushaltsausschuß des Reichstages weitergeben. Ueber die heutigen Verhandlungen hat die deutsche Presse fortlaufend Berichte ausgegeben, die nicht immer objektiv und teilweise sogar irreführend waren. Zur eigentlichen Hilfsaktion für die Landwirtschaft gehört diese Art der Berichterstattung wohl nicht.

Die Wahrheit über die demokratische Kleinrentner-Vorlage

Nur ein Drittel der heute Betroffenen soll erfaßt werden

Berlin, 24. Jan. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages trat in die Beratung über einen demokratischen Entwurf, nämlich über das Rentner-Versorgungsgesetz, ein. Ministerialdirektor Ritter (Reichsarbeitsministerium) wies darauf hin, daß die Reichsregierung an ihrer Erklärung festhalte, wonach eine Stellungnahme der Regierung zu der Frage der Versorgung der Kleinrentner erst im Zusammenhang mit dem gesamten Reichshaushalt möglich sein werde.

Abg. Mentel (Dnt.) erklärte namens der deutschnationalen Fraktion, daß sie selbst auf dem Boden des vorliegenden demokratischen Antrages stehe, daß es an sich selbstverständlich sei, weil die deutschnationale Fraktion bereits im Januar 1926 einen Antrag gestellt habe, worin die Mehrleistung des Rechtsanspruches der Kleinrentner zum Ausdruck gekommen sei. Er bedauere, daß damals die demokratische Fraktion sich nicht mit Entschiedenheit für diesen Rechtsanspruch eingesetzt habe, was sie als Oppositionspartei jetzt tue.

Frau Abg. Dr. Mah (DDP) erklärte: Der demokratische Gesetzentwurf sei eine brauchbare Grundlage. Es werde nicht möglich sein, im Rahmen dieses Gesetzes alle diejenigen Personen zu erfassen, die heute unter dem Namen „Kleinrentner“ in der Fürsorge ständen. Der Entwurf sehe eine Grenze von 10 000 M. Vermögen, bzw. 500 M. Zinseinkommen vor. An dieser Grenze werde man festhalten müssen.

Für das Zentrum erklärte Frau Abg. Teusch, daß das Zentrum angesichts der Regierungserklärung und der Stellungnahme der anderen Regierungsparteien dem Eintritt in die Beratungen nicht widersprechen werde. Es bedauere aber, daß an die Beratungen auf Grund der demokratischen Vorlage bei allen beteiligten Kreisen, die doch nur zu einem Drittel erfaßt werden sollen, erneut wieder Hoffnungen gesetzt würden, deren Erfüllung finanziell noch nicht sichergestellt sei. Das Zentrum lehne heute schon jede Verantwortung ab, wenn trotz der Beratung dieses Gesetzes nachher für dessen Ausführung Schwierigkeiten erwüchsen.

Keine Gühne für die Feme-morde?

Eigentümliche Interventionen. Berlin, 24. Jan. Die zuständige Berliner Staatsanwaltschaft hat die vier im Feme-mordprozeß Wilhelm zu Tode verurteilten ehemaligen Mitglieder der sogenannten „Schwarzen Reichswehr“, Oberleutnant A. Schulz, Feldwebel Klapproth, Umhofer und Hüßmann, aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit in das Zuchthaus Plöbensee übergeführt. In die Gnadenaktion für Schulz ist, wie B.D.R.-Blatt weiter erfährt, jetzt auch der Reichsjustizminister Gergt einbezogen worden, bei dem die Generale Lechner und v. Sontard vorstehen, um eine Intervention zugunsten der Verurteilten zu erbitten. Außerdem haben der Nationalverband deutscher Offiziere und der Deutsche Offiziersbund sich beim Reichswehrministerium für Schulz und Genossen verwendet. Das Wehrministerium hat sich nicht ablehnend verhalten (11) Gegen das neuerliche Vorgehen der Staatsanwaltschaft haben die Rechtsanwälte Sad und Rütgebrunn Beschwerde erhoben, zumal noch ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens schwebt.

Deutscher Reichstag

Berlin, 24. Januar. Präsident Lobe eröffnet die Sitzung. Die erste Beratung des Haushaltsplanes für 1928 wird fortgesetzt. Abg. Koch-Weser (Dem.) erklärt, er wolle im Interesse einer gesunden Arbeitsteilung die Oppositionsreden gegen die Regierung den Regierungsparteien überlassen.

Ein Gesetzentwurf gegen die Splitterpartei

Berlin, 24. Jan. Wie dem „S. T.“ zufolge aus Reichstagskreisen verlautet, sollen am Dienstag die Beratungen der Parteien über einen Gesetzentwurf, der die Frage der Splitterpartei behandelt, beginnen, und zwar werden sich für diesen Gesetzentwurf voraussichtlich alle großen Parteien des Reichstages einsehen. Es sind bereits unverbindliche Vorschläge ausgearbeitet worden. In diesen Vorschlägen ist u. a. vorgesehen, daß für jeden Wahlkreis ein Wahlkreis geformt werden kann, daß dieser Wahlkreis sofort Unterschriften Wahlberechtigter aus dem Wahlkreis aufweist, als die höchste der Stimmenzahl beträcht, die zur Erzielung eines Mandates notwendig wäre. Weiter ist vorgesehen, daß für jeden Wahlkreis ein Wahlkreis die Hinterlegung eines Geldbetrages gefordert werden kann.

Dem Abg. Dr. Quack erwidert der Redner, daß es sich bei den Studenten, gegen die sich der preußische Kultusminister gewandt habe, nicht um eine Großdeutsche, sondern um eine antientimilitärische Bewegung handle.

Daß der bayrische Ministerpräsident eine Einladung beim Reichspräsidenten aus irgend einer Vertimmung heraus im letzten Augenblick abzufagen wage, sei mit seiner Stellung nicht vereinbar.

Das Jahr deutchnationaler Ministerherrlichkeit hat dazu geführt, die Sozialdemokraten zu stärken und zu radikalieren. Reaktion — so schließt der Redner — ist genau so gefährlich wie Revolution.

Reichswehrminister Gröner erklärt, die Reichsregierung werde sich bis zur Beratung des Reichswehretats darüber schlüssig werden, ob der Sämtlich-Bericht zur Rhödbus-Affäre veröffentlicht werden solle oder nicht.

Der Antrag Stöcker (Komm.) auf Vorlegung des Sämtlich-Berichtes zur Rhödbus-Affäre wird im Sammel sprung mit 173 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Dafür haben mit der Linken auch die Völkischen Gruppen und die Mitglieder des Bayer. Bauernbundes gestimmt.

Hierauf wird die Aussprache über die Ruhrrentschädigung der Industriellen fortgesetzt.

Ministerialdirektor Dr. Dorn erklärt, die Regierung habe im Anschluß an die Ausschüßberatungen zur Ruhrrentschädigung eine Summe von 30 Millionen zur Unterstützung der geschädigten Mittelstandskreise und Arbeitnehmer im Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt. Damit sei die Forderung des Ausschusses erfüllt worden.

Abg. Dr. Herz (Soz.) weist die Behauptung zurück, daß der sozialdemokratische Minister an der Bewilligung der Ruhrrentschädigung für die Industrie beteiligt gewesen sei.

Abg. Dietrich (Baden (Dem.)) begründet folgenden Antrag seiner Freunde:

„Der Reichstag mißbilligt auf das Schärfste die von dem Untersuchungsausschuß festgestellten Vorgänge.“

Abg. Rindener (Dn.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Herz. Der Ruhrrentschädigung könne man aus ihrem großzügigen Anerbieten in jener schweren Zeit keinen Vorwurf machen.

Abg. Eijer (Z.) erklärt, die Debatte habe keinen Anlaß gegeben, das Wort des Ausschusses irgendwie zu ändern. Das Zentrum beantrage deshalb mit Unterstützung der übrigen Regierungsparteien:

Der Reichstag nimmt den Bericht des Ausschusses entgegen und schließt sich dem Wortum des Ausschusses an.

Damit schließt die Aussprache. Präsident Lobe erklärt, der kommunistische Antrag, der die für die Ruhrrentschädigung verantwortlichen Minister vor dem Staatsgerichtshof stellen will, könne nicht zur Abstimmung kommen, weil er nicht die in einem solchen Fall erforderlichen 100 Unterschriften habe.

Der sozialdemokratische Antrag, der die Einziehungen der Ueberzahlungen und ihre Verteilung an die geschädigten Gewerbetreibenden und Arbeitgeber verlangt, wird in namentlicher Abstimmung mit 193 gegen 173 Stimmen abgelehnt.

Dafür stimmten mit den Sozialdemokraten auch die Kommunisten, Völkischen, die Wirtschaftspartei und der Bayerische Bauernbund.

Nach Ablehnung aller weiteren Anträge wird der Antrag der Regierungsparteien auf Anerkennung des Ausschüßvotums angenommen.

Nunmehr beginnt die 2. Beratung des Etats mit dem Etat des Reichsjustizministeriums.

Nach Entgegennahme des Ausschüßberichts wird die Beratung gegen 18 Uhr auf Mittwoch 15 Uhr vertagt.

Ministerpräsident Held über die Länderkonferenz

München, 23. Jan. Ministerpräsident Dr. Held empfing heute die Vertreter der bayrischen und oberbayerischen reichsdeutschen Presse, um ihnen ein Bild des Verlaufes und der Ergebnisse der Länderkonferenz in Berlin zu geben. Nach den Darlegungen des Ministerpräsidenten sieht man in Bayern die wichtigsten Ergebnisse der Länderkonferenz darin, daß die Ländervertreter über die Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung der Weimarer Verfassung einig gewesen seien, wenn auch über den Weg dieser Änderung auf der Konferenz keine Einmütigkeit bestanden habe und daß die Länderkonferenz Teilungen als absolut unannehmlich erachtet und damit sowohl den Weg der Uebernahme einzelner Verfassungsmassnahmen der Länder auf das Reich und den Gedanken der Bildung von Reichsländern abgelehnt habe.

Schließlich habe der Verlauf der Länderkonferenz auch mit dem Schlagwort aufgeräumt, daß der Einheitsstaat billiger arbeite, als der Bundesstaat. Eine brauchbare Gesamtlösung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern sei nach bayrischer Auffassung nur dann zu erreichen, wenn das Problem des Verhältnisses zwischen Preußen und Reich in zweckmäßiger Weise gelöst würde. Dabei betont man, daß die Verhältnisse von 1871 sich auf die heutige Zeit nicht übertragen ließen. Bayern werde an der weiteren Erörterung des Problems Einheitsstaat oder Bundesstaat teilnehmen, halte jedoch daran fest, daß eine gewaltsame Lösung dieses Problems, wie von den Ministerpräsidenten der Länder auf der Konferenz selbst betont worden sei, unmöglich in der Richtung zum Einheitsstaat liege und ausgeschlossen bleiben müsse.

Zu den Munitionstransporten im Kieler Hafen

Berlin, 24. Jan. Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat das Reichswehrministerium bereits am 13. Januar die Erklärung abgegeben, daß keine Stelle des Ministeriums einen Auftrag erteilt hat, der mit der Angelegenheit der Munitionstransporte im Kieler Hafen in Verbindung stünde. Es scheint sich auch um eine Schiebung zu handeln, deren schlüssige Aufklärung dem Reichswehrministerium am Herzen liegt. Zutünftig sind die polizeilichen Instanzen.

Was soll das?

Zu dem rechtsradikalen Berliner Montagsblatt „Der Angriff“ heißt es in Besprechung des Ministerwechsels im Reichswehrministerium u. a.:

„Die Reichswehr schwebt über einem Abgrund. Die parlamentarischen Parteien werden sie nicht vor dem Sturze retten, der ihr das innere Rückgrat brechen soll. — Wird sich in ihrem Schoße ein Mann, ein Soldat finden, der im letzten Augenblick die Katastrophe bremst?“

Was heißt das? Ist das nicht eine glatte Aufforderung, den Revolver in die Hand zu nehmen und loszuschießen? Man wird sich daran erinnern müssen, wenn nach alten Erfahrungen später einmal gewisse Leute sich die Hände in Unschuld waschen wollen.

„Moralische Einwirkung“?

Zwischen dem Reich und Preußen schwebt ein Streit wegen der Besetzung eines Postens im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, und zwar ist das Amt auf diesen Posten durch den Staatsgerichtshof Preußen zugesprochen worden. Das Reich kann aber diesen Anspruch Preußen nicht erfüllen, weil keine der Persönlichkeiten im Verwaltungsrat, auch nicht der zu Unrecht dorthin gelangte frühere Reichskanzler Dr. Luth er, freiwillig weichen will, und weil auch „moralische Einwirkung“ nichts half.

Reinlich, daß das im Reichstag festgestellte werden mußte, noch peinlicher, daß es so ist. Die sozialdemokratische Presse sagt höhnisch, daß „moralische Einwirkungen“ nichts fruchteten bei Leuten, die, wenn sie auch schon eine Reihe von Aufschüßersposten haben, doch auf das kleine Nebeneinkommen von 24 000 Mark im Jahr nicht verzichten wollen! Es ist empfindlich, daß im Mittelpunkt dieser Ausführungen ein ehemaliger Reichskanzler steht, und wie immer die Dinge liegen: ein Rest von Feindschaft bleibt, und dieser Rest ist wahrhaftig nicht gering.

Sturm auf dem Atlantischen Ozean

Newport, 24. Jan. Der französische Passagierdampfer „Degraffe“ ist gestern hier von Le Havre kommend mit 45 Stunden Verspätung eingetroffen. Der Kapitän des Dampfers erklärte, daß sich am 11. Januar auf den „Großen Wänten“ ein schwerer Sturm erhoben habe. Der Thermometer sei bis 728,27 Millimeter gesunken, was der Kapitän während seiner 27-jährigen Tätigkeit als Schiffsführer nie erlebt habe. Auch andere Schiffe erlitten große Verspätungen.

Töblicher Unfall beim Skirennen

Engelberg, 24. Jan. Auf der Sprungkonfurrenz am Zentralschweizerischen Skirennen stürzte Hans Regli von Andermatt, der in Klasse 3 Sentoren startete, so unglücklich, daß er heute an den Folgen starb. Er stürzte beim Aufsprung, schlug mit dem Kopf auf die Eisplatten auf und erlitt eine schwere Schädelbasisfraktur.

Sechs Personen durch Fleisch vergiftet

Berlin, 24. Jan. Nach dem Genuß einer Gefirrigens erkrankte gestern abend in Berlin eine sechsköpfige Familie. Bei sämtlichen Personen, die von dem Fleisch gegessen hatten, machten sich schwere Vergiftungserscheinungen bemerkbar, die die Ueberführung eines Familienmitgliedes in das Schöneberger Krankenhaus erforderlich machten.

mogen der „Hinterlassenen“... nicht anerkennen, und der „Hinterlassenen“... nicht anerkennen...

II.

Ergebnis! Damit ist der ganze Komplex... Ergebnis! Damit ist der ganze Komplex... Ergebnis! Damit ist der ganze Komplex...

Das Ergebnis ist... Das Ergebnis ist... Das Ergebnis ist... Das Ergebnis ist...

bedingte Gerichte... bedingte Gerichte... bedingte Gerichte... bedingte Gerichte...

Ergebnis! Damit ist der ganze Komplex... Ergebnis! Damit ist der ganze Komplex... Ergebnis! Damit ist der ganze Komplex...

Das Ergebnis ist... Das Ergebnis ist... Das Ergebnis ist... Das Ergebnis ist...

*) Bedeutend: „Ethische Geschichtsbildung“... *) Bedeutend: „Ethische Geschichtsbildung“... *) Bedeutend: „Ethische Geschichtsbildung“...

verfallen, aus... verfallen, aus... verfallen, aus... verfallen, aus...

Ergebnis! Damit ist der ganze Komplex... Ergebnis! Damit ist der ganze Komplex... Ergebnis! Damit ist der ganze Komplex...

Das Ergebnis ist... Das Ergebnis ist... Das Ergebnis ist... Das Ergebnis ist...

Stellenverhältnisse... Stellenverhältnisse... Stellenverhältnisse... Stellenverhältnisse...

Ergebnis! Damit ist der ganze Komplex... Ergebnis! Damit ist der ganze Komplex... Ergebnis! Damit ist der ganze Komplex...

Das Ergebnis ist... Das Ergebnis ist... Das Ergebnis ist... Das Ergebnis ist...

Holz

Die deutschen Holzinteressenten, die Beziehungen zum polnischen Holzmarkt unterhalten, sind dadurch in eine unangenehme Lage geraten, dass die Ausfuhr von Rohholz mit der gleichen Abgabe belastet wird, wie die Ausfuhr von Runderlen, trotzdem nach dem vor einigen Wochen getroffenen „Holzabkommen“ eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben nicht eintreten sollte.

Metalle

Elektrolytkupfer 135%, Original-Hütten-Aluminium 210, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 214, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 95-100, Silber in Barren ca. 900 fein per kg. 784-794, Gold Freiverkehr per 10 Gramm 28-28,20, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 9 3/4 bis 11.

Table with 2 columns: Location (e.g., Grünwinkel, Baden West) and Score/Time (e.g., 7 4 2 1 10 12:10).

1860 München in Karlsruhe. Ueber ein Jahr ist verfloßen, seit 1860 München in Karlsruhe im Spiel um die süddeutsche Meisterschaft auf dem Platze hinter der Telegraphenkaserne antrat.

Friedrich Feuerhade †

Von Baden-Baden kommt die Trauernachricht, daß der frühere Stadtschreiber in Karlsruhe, Herr Friedrich Feuerhade (Schriftstellersname „von Stechen“) gestorben ist.

Landwirtschaftliches Weiter bis zum guten Ende!

Die Aussprache zwischen den landw. Verbänden und den Milchbedarfsstädten Von Direktor Kaas, Karlsruhe

Die landw. Wochenblätter brachten diesmal eine Berichtigung zu der Erklärung des Verbandes bad. Milchbedarfsstädte, die sich mit dem Aufrufe der bad. landw. Verbände an die Milchzeuger und Milchverbraucher befaßt hatte.

Platzes dem Stadionbesitzer zugute. Es ist daher schwer, den Sieger jetzt schon zu nennen, jedenfalls soviel steht fest, daß um die Punkte schwer gekämpft werden muß.

Regelsport

In glanzvoller Weise endete am Sonntag die 2. Süddeutsche Kegelsportwoche in Frankfurt a. M. Bis zum letzten Augenblick waren die Kämpfe auf allen Bahnarten hart umstritten und von Stunde zu Stunde wurden die Ergebnisse überboten.

Das Pied von der Glode Eine Uraufführung

Als dankbares Aufnahmestück für mangelhaftes Sekundärerwissen hat dieses kulturhistorische Gedicht von Friedrich Schiller ebenso seine Zukunft erwiesen wie als Stoff für lebende Bilder in einem Hausfräulein.

drein erhalten die städtischen Milchzentralen tagtäglich neue Milchangebote. Die entlegenen Molkereien suchen Milchabfah, der auch bei den jetzigen Preisen lohnender ist, als die Milchverarbeitung zu Butter.

Bis jetzt war es den städtischen Milchzentralen in Baden möglich, empfindliche Störungen des Milchmarktes auch in Zeiten der Milchschwemme zu verhindern. Ob es aber bei weiter zunehmendem Ueberangebot, das mit größter Wahrscheinlichkeit erwartet werden muß, immer gelingen wird, der unmittelbaren Lieferung von Milch nach den Städten vorzubeugen, kann niemand sagen.

Mittelpunkt des letzten Tages standen die Kämpfe auf der amerikanischen Parquetbahn, zu denen auch eine Berliner Mannschaft eingetroffen war.

Das Urbild der Carmen

Das Urbild der Carmen. Das Libretto der berühmten Oper ist bekanntlich die Bearbeitung von Prosper Mérimée gleichnamiger Novelle.

Mitteldeutsches Musikfest in Maadburg

Das Presseamt des Magdeburger Magistrats mitteilt, bezieht die Musik, Anfang Juni 1928 in der Stadthalle zu Maadburg ein mitteldeutsches Musikfest unter der Mitwirkung verschiedener Dirigenten und mit Singzugziehung eines weiteren Orchesters zu veranstalten.

verblieb jedoch der Sieg durch die bessere letzte Serie. Im 300 Kugelfampf kombinierte blieb M. Stoffel, ebenfalls Frankfurt, mit 1944 Holz an der Spitze.

In den Fünfer-Klubkämpfen ergab sich keine Veränderung, Rhein-Main, Bavaria und Kalte Meise behaupteten weiter die Spitze.

Im Pressekampf siegte Herr Dr. Apfel-Frankfurt Zeitung und Mar Behrens unter 20 Bewerbern, während Konrad Eulich außer Konkurrenz ihre Leistungen überbieten konnte.

Tod der ältesten Frau Deutschlands. Hamburg, 22. Jan. Im Alter von 107 Jahren starb gestern nachmittags in Embien (Kreis Lüneburg) die Landwirtswitwe Johanna Brigg, geb. Schellhammer, die älteste Frau Deutschlands.

Badische Landeswetterkarte

Allgemeine Witterungsübersicht. Die gestern früh noch weiches der britischen Inseln liegende Depression hat sich ostwärts verlagert und ist mit ihren südlichen Regengebieten bis zur Linie Lachen-Gelagoland vorgedrückt.

Voraussetzliche Witterung für Mittwoch, den 25. Januar: Nordbaden zunehmende Bewölkung und Regenfälle bei zeitweiliger starken aufsteigender Luftdruckzunahme, höhere Lagen Schneefall und Schnee, Südbaden noch meist trocken, leichte Erwärmung.

Schneberichte

Ruhe stein: bemöht, -2 Grad, 85 Ztm., davon 8-5 Ztm. Pulverschnee, Ski und Model sehr gut. Ingle Höhe: Kälte: heiter, -1 Grad, 4 Ztm., bereist, Ski mäßig, Model gut.

Das Urbild der Carmen

Das Urbild der Carmen. Das Libretto der berühmten Oper ist bekanntlich die Bearbeitung von Prosper Mérimée gleichnamiger Novelle.

Mitteldeutsches Musikfest in Maadburg

Das Presseamt des Magdeburger Magistrats mitteilt, bezieht die Musik, Anfang Juni 1928 in der Stadthalle zu Maadburg ein mitteldeutsches Musikfest unter der Mitwirkung verschiedener Dirigenten und mit Singzugziehung eines weiteren Orchesters zu veranstalten.

Dichter und Straßenzücker

Dichter und Straßenzücker. Einer der berühmtesten Straßenzücker, der Dichter und Bildhauer Jüim, ein Vilon des 20. Jahrhunderts, wurde mit dem Tode von der russischen Landpolizei endlich bingest gemacht.

Todes-Anzeige.

Heute verschied unser lieber Vater und Grossvater

Friedr. Feuerstacke Privat

im 86. Lebensjahre.

Baden-Baden, Herrstein, München, 22. Januar 1928.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Friedr. Feuerstacke Rosa Ehinger, geb. Feuerstacke Gustav Feuerstacke Wwe. Heinrich Feuerstacke.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Baden-Baden statt. 113

Eisenbetten Matratzen Patentröste Bettfedern

nur aus dem Spezial-Geschäft E. Schmitt Erdbrinsenstrasse 31.

Laden

mit 2 Schaufenstern auf 1. Okt., od. früher zu vermieten. Näheres bei:

KLETT, Kaiserstr. 60

Eisen-Matratzen

Stahlmatr., Kinderbetten, ginst. an Priv. Kat. 1300 in Eisenbahnfabr. Sth Thür

AUSSERORDENTLICH BILLIGES

Sonder-Angebot Emaille

mit kleinen Schönheitsfehlern

Zum Ausschauen:

Table listing various household items like Kinderfelder, Schöpf- u. Schaumlöffel, Stielkasserollen, etc. with prices.

ZINKWAREN II. Qual. Ware

Table listing zincware items like Wannen, Waschlöple, with dimensions and prices.

Mittwoch, den 25. Januar in unserem Erfrischungsraum

Ein süßer Nachmittag mit Konzert

KNOPE

Badisches Landestheater

Mittwoch, 25. Januar. Heute 8 Uhr. Opern-Vorstellung: Einmaliges Gastspiel des Moskauer Opernkönigs...

Heute Eintracht

Jan. (Mittwoch) 8 Uhr Klavier-Abend 25.

Edwin Fischer

Händel: Chaconne G-dur; Bach-Busoni: Chorale; Beethoven: Sonate E-dur op. 10, No. 3; Mozart: Fantasia in G-dur...

Eintracht-Saal

Freitag, den 27. Jan., abends 8 Uhr. Lichtbilder-Vortrag Schriftsteller E. Scheumann

Samoa das Paradies der Südsee

Karten zu 1,50, 1,00, 0,50 Mk. in der Musikalienhdlg. Kaiser-Ecke Waldstr. Fritz Möller

Zinte und Schminke

am 4. Februar in sämtlichen Räumen der städtischen Festhalle in Karlsruhe...

Danksagung.

Für die vielen Beweise liebevoller und herzlicher Teilnahme während der Krankheit und beim Heimgange unserer lieben Tochter und Schwester

Elisabeth

sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus, Besonderen Dank für die schönen Kranz- und Blumenspenden...

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Eduard Trautmann, Pol.-Kom. a. D. Karlsruhe, 24. Januar 1928.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen

Karl Wagner

Reichsbahn-Sekretär a. D. für die tröstenden Worte und Nachrufe am Grabe...

Karlsruhe, den 25. Januar 1928. Im Namen der Hinterbliebenen: Frau Karl Wagner Wwe.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Ableben meines lieben, unvergesslichen Vaters und Schwiegervaters...

KARLSRUHE, den 24. Januar 1928. Frieda Kleser, geb. Frank. Carl Kleser, Oberrollinspektör.

Marienburg Pensionat der Borromäerinnen

in Vallendar a. Rh. 4, bei Koblenz. Staatl. anerk. einjähr. Frauenschule u. Haushaltungsschule...

Pensionat unserer lieben Frau in Offenburg (Sd.)

Das Institut wird geleitet von Chorfrauen des hl. Augustinus und umfasst: eine Mädchenrealschule und U II mit Oberrealschulplan...

Neu Stammholz-Verfeigerung

des badischen Forstamtes Forstheim am Dienstag, 31. Januar d. J., früh 10 Uhr...

Der Karlsruher Hausfrauenbund

veranstaltet 1. Servierkurs, geleitet von Frä. Baer, Mannheim, am 2., 8. u. 4. Februar...

Perle e Stenotypistin

mit mehrjähriger Praxis zum sofortigen Eintritt gesucht. Berlin-Karlsruher Industrie-Werke A.-G.

Zither-Unterricht

erstellt gründlich Anna Coos, Bernhardsstr. 8, III. frühere Zitherlehrerin an der ehem. Groß-Dudenanstalt Jbsheim (Sdb.)

Das Bankhaus Veit L. Homburger

Karlsruhe 11. Karlsruhe, Karlsruhe 11. Telefon: Fernverkehr 4391, 4392, 4393, 4394, 4395, 4396, 4397

4 wertvolle katholische Volksbücher

Högele, Karl - Franz Josef Herr Schöfer, Dr. Joseph - Ein Bergig-meinicht auf ein Bischofsgrab. Erzählungen aus dem Leben Bischofs Wilhelm Emanuel von Retzler...

Feinster deutscher Weinbrand

eigener Abfüllung - gut u. preiswert. CARL ROTH DROGERIE TELEFON 6180 6181

Türschoner

aus Celluloid in allen Größen, Farben und Formen kauft man bei Eduard Isenmann.

Sperrlingsleben aus dem badischen Kulturkampf von 1874-76

4. und erweiterte Auflage. 112 S. Carl Schöfer, Karlsruhe. Prof. Dr. Joseph Schöfer...

Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe